

29. IX. 1918

21

Die staatsrechtliche Stellung Bosniens und ihr Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes.

Von einem gewiegten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina ist uns die nachstehende Darlegung des bosnischen Problems zugegangen:

In der Berliner Monatschrift „Dallan-Revue“ ist im Jahre 1914 eine längere Abhandlung über die bosnische Industrie erschienen,*) in welcher dargelegt wird, daß die feinerzeitige Annexion Bosniens für die Industrie des Landes bedeutungslos gewesen ist. Man hätte erwartet, daß die durch die Annexion erfolgte Konsolidierung der dortigen Verhältnisse das Kapital zu Neugründungen in Bosnien veranlaßt hätte. — Dies ist jedoch nicht erfolgt; im Gegenteil, bei genauer Beobachtung könnte man in der Verfassung, die das Land damals bekommen hat, zwar nicht direkt, aber mittelbar, einen gewissen Hemmschuh für die Weiterentwicklung der Industrie erblicken, denn der bosnische Landtag hat sich nur bedingungsweise industriefreundlichen Bestrebungen sympathisch gegenübergestellt, da er sich, wie es im Wesen der dortigen Völker liegt, auch bei wirtschaftlichen Fragen nicht von persönlichen und sonstigen kleinsten Motiven lösen konnte.

Während schon die wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Annexion einerseits vom Landtag beeinflusst waren, waren Bosnien und Herzegowina andererseits der Einflußnahme Oesterreichs und Ungarns nicht entzogen, denn, wenn auch der Schwerpunkt der Verwaltung zur Landesregierung verlegt und das Gemeinsame Finanzministerium fast nur mehr eine Kontroll- und Aufsichtsstelle geworden war, ist doch gerade in den für die Volkswirtschaft wichtigen Fragen ein gewisser Einfluß bei der Wiener Zentralstelle verblieben. So z. B. erfolgt die Konzessionierung von volkswirtschaftlich bedeutenderen Großbetrieben durch das Gemeinsame Finanzministerium in Wien. Nun kann sich naturgemäß der Gemeinsame Finanzminister bei seinen diesbezüglichen Entscheidungen nicht über die Interessen der beiden Reichshälften hinwegsetzen. Die Folge war, daß sich die Lösung wichtiger Probleme durch Herumlabieren zwischen österreichischen und ungarischen Interessensphären oft viel weiter hinauszog, als es im Interesse der Sache gut gewesen wäre. Denn leider ist das zustimmende oder ablehnende Verhalten der österreichischen oder ungarischen Reichshälfte in wirtschaftlichen Fragen Bosniens — wie ja übrigens auch in manchen anderem Belange — nicht nur von sachlichen Motiven abhängig; und so findet meist eine der beiden Regierungen Veranlassung Einsprache zu erheben. Wenn nun noch die Sorge des Ministers hinzutrat, bei wichtigen Entscheidungen auch dem Landtag nicht zuwiderzuhandeln, so ergaben sich so viele innere Konflikte, daß die Entscheidungen überhaupt nicht zustandekamen. An solchen inneren Konflikten krankte beispielsweise der Ausbau der Wasserkräftenanlagen in Bosnien und der Herzegowina. Viele hunderttausend Pferdestärken Wasserkraft harren daher immer noch ihres Ausbaues und ihrer Verwertung.

Andererseits erscheint die Sache natürlich im österreichischen Dichte betrachtet: Für die vielen Opfer, die Oesterreich seit der Okkupation den Reichsländern gebracht hat, hat es durch seine Handelsbeziehungen zu jenen Ländern nur eine kleine, die wahren Kosten natürlich lange nicht bedeckende Kompensation gehabt. Die Bilanz zwischen Oesterreich und Bosnien schließt mit einem Guthaben von mehreren hundert Millionen für Oesterreich ab. Was bedeuten aber diese Beträge gegenüber den gewaltigen Imponderabilien der Kulturarbeit, die ein jahrzehntelanger, nahezu ausschließlich österreichischer Fleiß in jenen Ländern seinerzeit geschaffen hat!

Aber das Interesse für Bosnien ist bei uns in Oesterreich leider immer mehr erschlapft, und die Vertretung der österreichischen Interessen in der Wirtschaftspolitik des Landes ist von den maßgebenden österreichischen Stellen vernachlässigt worden. Institutionen, die für Oesterreich wertvoll waren, stammen daher nur aus solchen Zeiten, wo der Gemeinsame Finanzminister selbst ein für österreichische Interessen warmes Herz hatte. So ist in der Ära Bilinski einiges Wirtschaftliche in Bosnien geschaffen worden, was unter anderem für Dalmatien sehr nützlich war, wie die Uebernahme der Steinbeis-Werke in ärarischen Besitz und der Ausbau der Steinbeis-Bahn, welche sich eben jetzt als ein Segen erwiesen hat. Die Ära Koerber wäre in dieser Hinsicht jedenfalls noch segensreicher geworden, wenn sie nicht leider so kurz gewesen wäre. Im Uebrigen aber haben die Kenner der bosnischen Verhältnisse, insbesondere jene aus der guten alten erfolgreichsten Kallay'schen Schule den Kurs mit Betrübnis immer deutlicher von der österreichischen Linie abweichen sehen und waren machtlos gegenüber der Interessellosigkeit Oesterreichs und der geschulten und energiegelassen Methode Ungarns.

Aus all dem folgt, daß der gegenwärtige staatsrechtliche Zustand, wonach Bosnien zu beiden Reichshälften gehört und außerdem mit einem eigenen Landtag behaftet ist, für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes die denkbar ungünstigsten Folgen hat und daß jedwede andere staatsrechtliche Lösung des Problems für die dortige Volkswirtschaft nur Vorteile bringen kann. Am unangenehmsten macht sich jetzt die Stellung Bosniens als Reichsland bei der Versorgung mit jenen österreichischen und ungarischen Produkten, welche in den beiden Reichshälften zentral bewirtschaftet werden, fühlbar. Weder im österreichischen noch im ungarischen Versorgungsplan war Bosnien aufgenom-

men und so war es darauf angewiesen, fallweise hier und dort bittlich zu werden, ein Zustand, der die verantwortlichen Faktoren natürlich oft in die schwierigsten Situationen versetzte.

Nun ist schon seit mehreren Jahren für den scharfen Beobachter ein ausgesprochen ungarischer Kurs in allen wirtschaftlichen Fragen Bosniens nicht zu verkennen gewesen. Die Ungarn scheinen sich darüber klar zu sein, daß ein politischer Erfolg am sichersten nach wirtschaftlicher Eroberung erzielt wird; sie haben insolge dessen mit Geschicklichkeit und Nachdruck zunächst die Lösung wirtschaftlicher Probleme in ihrem Sinne angestrebt. Die geographischen Verhältnisse haben diese Bestrebungen unterstützt und von kleinen und unbedeutenden Teilfragen ausgehend, hat sich schließlich ein großes, wirtschaftliches Programm entwickelt, bei welchem die ungarischen Interessen im Vordergrund stehen. Dies gilt beispielsweise für die Reorganisation und Ausgestaltung der ärarischen Montanwerke, im Verein mit einer gleichen Zwecken dienendem Verkehrspolitik, deren Vorteile vornehmlich der anderen Reichshälfte zufallen werden.

Diese Projekte tranken zwar in mancher Hinsicht daran, daß sie eine viel höher entwickelte Industrie und einen viel höheren Kulturzustand als dort vorhanden, voraussetzen; sie sind zu idealistisch für jenes Land. Immerhin machen sie den Exponenten der ungarischen Regierung, die sie verfaßten, wegen ihrer Großzügigkeit alle Ehre und das ganze Programm würde, mit entsprechend starker Zustimmung und Anpassung, vorsichtig in die Tat umgesetzt, neben Ungarn auch Bosnien wirtschaftlich und industriell heben können. Von diesem Standpunkte aus kann schließlich dem ungarischen Kurs nichts weiter nachgesagt werden.

So wäre denn die offizielle Angliederung Bosniens an Ungarn leider fast nur mehr eine Formalität, zur Befestigung tatsächlicher Ereignisse, die sich sozusagen vor den Augen Oesterreichs ungesehen abgespielt haben, und der unparteiische Beobachter könnte diese Lösung nur als eine von Ungarn sorgfältig vorbereitete und von Oesterreich selbst verschuldet bezeichnen.

Nichtsdestoweniger dürfte aber der politische Kurs in Bosnien nicht zu dem von Ungarn angestrebten Ziele führen, denn die Unterhandlungen des Grafen Tisza, die, allem Anscheine nach auf falschen Informationen aufgebaut, für ihn jedenfalls eine Enttäuschung zur Folge hatten, dürften ergeben, daß die offizielle Angliederung Bosniens an Ungarn nicht so ohne weiteres möglich sein wird. Wenn nicht aller Schein trägt, dürfte insolge dessen das Provisorium, nach welchem Bosnien hinsichtlich seiner staatsrechtlichen Stellung Zankapfel und hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Verhältnisse Stiefkind ist, noch lange nicht einem besseren Definitivum weichen.

*) Die Entwicklung der Industrie Bosniens und der Herzegowina in den letzten zehn Jahren, von Ingenieur W. Gerbel, Zivilingenieur und Dampfmaschineninspektor, Wien.